



die klima-allianz

Pressemitteilung der Klima-Allianz, lokaler Bürgerinitiativen, des WWF und des BUND zum Steinkohle-Geschäft von Schweizer Stromfirmen in Deutschland

Schweiz will neue Kohlekraftwerke in Deutschland bauen - Betroffene Bürger bitten in Schweizer Botschaft um Klima-Asyl

Schweizer Energieunternehmen beteiligen sich an umstrittenen deutschen Kohlekraftwerksplanungen / Breite Koalition von Kraftwerksgegnern protestiert vor der Schweizer Botschaft / Betroffene Bürger übergeben symbolisch Klima-Asylgesuch an die Schweiz

Berlin - Mit einer spektakulären Aktion protestiert heute ein breites Bündnis bestehend aus der Klima-Allianz, mehreren Bürgerinitiativen sowie den Umweltverbänden BUND und WWF gegen die Beteiligung von Schweizer Energieunternehmen an Kohlekraftwerksplanungen in Deutschland. Aus ganz Deutschland reisten Vertreter von Bürgerinitiativen an, in deren Städten und Gemeinden Schweizer Unternehmen an Kohlekraftwerksplanungen beteiligt sind.

„Wir türmen vor der Schweizer Botschaft mehrere Tonnen Kohle auf, um deutlich zu machen, welchen Kohledreck uns Schweizer Stromfirmen direkt vor die Haustür kippen wollen“, so **Stephan Klose**, Sprecher der Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe (BIGKU) aus dem norddeutschen Brunsbüttel, wo gleich fünf Schweizer Energieversorger an einem Mega-Kohlekraftwerk beteiligt sind. „Während die Schweiz ‚sauber‘ bleibt, werden die mit Schweizer Geldern finanzierten Kohlekraftwerke in Deutschland über Jahrzehnte hinweg Unmengen an Schadstoffen und klimaschädlichen Emissionen in die Luft blasen. Dies belastet nicht nur unsere Klima-Bilanz und die Umwelt, sondern auch die Lebensqualität und Gesundheit der hier lebenden Menschen“, ergänzt **Arne Firjahn** von der BIGKU.

„An allen geplanten Kohlekraftwerksstandorten wehrt sich die Bevölkerung gegen die Vorhaben. Wir fordern die verantwortlichen Politiker in der Schweiz auf, der schädlichen Investitionspolitik ihrer Energieunternehmen einen Riegel vorzuschieben.“ betont **Thomas Matthée**, Sprecher der Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk Lünen (BI-KKK). „Die Schweiz zählt in Europa zu den Ländern mit den strengsten Umweltschutzauflagen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass Schweizer Unternehmen nun im Ausland in Steinkohlekraftwerke investieren – sei es in Deutschland oder anderswo.“

Insgesamt acht Schweizer Energieunternehmen aus den Kantonen Basel-Landschaft, Bern, Freiburg, Graubünden, Solothurn, St. Gallen, Tessin und Waadt beteiligen sich an Kohlekraftwerksplanungen in den deutschen Städten und Gemeinden Brunsbüttel, Dörpen, Wilhelmshaven und Lünen.

„Wir stellen heute in der Schweizer Botschaft symbolisch ein Klima-Asylgesuch, weil Schweizer Politiker und Stromfirmen bei uns ihren Kohle-Dreck abladen wollen. In der Schweiz gibt es kein einziges Kohlekraftwerk. Und CO₂-Emissionen aus Gaskraftwerken müssen nach dem Schweizer CO₂-Gesetz in vollem Umfang kompensiert werden“, erklärt **Inge Stemmer**, Sprecherin der Bürgerinitiative Saubere Energie Dörpen. „Wir hoffen, mit unserem Anliegen bei der Schweizer Regierung Gehör zu finden.“

In der Schweiz haben die Klimaschutzauflagen den Bau neuer Kohlekraftwerke längst unrentabel gemacht. So muss von Basel bis Lausanne jede in die Atmosphäre gepustete Tonne CO₂ mit Maßnahmen zum Klimaschutz ausgeglichen werden. „Gerade deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass Schweizer Politiker die klimafeindliche Investitionspolitik ihrer Energieunternehmen im Ausland zulassen“, sagt **Tina Löffelsend**, Klima- und Energieexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Mitglied im Sprecherrat der Klima-Allianz.

Schweizer Umweltorganisationen wie der WWF sind empört über die millionenschweren Investitionen in ausländische Kohlekraftwerke. **Ulrike Saul** vom WWF Schweiz erklärt: „Die Stromversorger, die in Kohlekraftwerke in Deutschland investieren wollen, sind mehrheitlich im Besitz von Schweizer Gemeinden und Kantonen. Diese sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Stromfirmen dazu bringen, ihre Investitionspläne in Kohlekraftwerke aufzugeben.“

Pressekontakt Deutschland:

Daniela Setton, die Klima-Allianz 0049-(0)179-7102094 (setton@klima-allianz.de)